

«Grosse Hürde» für vergünstigte Wohnung

Die Wohnbaugenossenschaft Gesewo baut in Neuhegi eine riesige Siedlung. Wer einziehen will, muss Zehntausende von Franken als Darlehen einschiessen – auch für Wohnungen, die von der Stadt subventioniert werden. Von diesen sind viele noch zu haben.

MARISA EGGLI

Die kleine Baugenossenschaft Gesewo verwirklicht am Rand des Eulachparks eine grosse Vision. In mehr als 150 Wohnungen sollen Menschen jeden Alters einziehen – Familien, Seniorinnen und Studenten. Gemeinsam sollen sie das Zusammenleben gestalten, sich gegenseitig helfen und das Geschick der Siedlung «Giesserei» leiten. Bezugstermin ist im nächsten Frühjahr. Die Idee der Gesewo findet grossen

Anklang. Bereits heute sind gegen 120 Wohnungen reserviert. Auch die Stadtregierung und der Gemeinderat halten den Genossenschaftsbau für unterstützenswert. Sie haben mehr als drei Millionen Franken bewilligt, um darin 34 Wohnungen zu subventionieren.

Doch gerade diese vergünstigten Wohnungen sind im Vergleich zu den anderen weniger beliebt, knapp die Hälfte ist noch zu haben. Bei der Durchsicht der Wohnungspreise auf dem Internet fällt auf, was Subventions-

bedürftige abschreckt: Für die Wohnungen müssen die Mieterinnen und Mieter zwischen 30000 bis 59000 Franken als sogenanntes Pflichtdarlehen einbringen – je nach Anzahl Zimmer. Und das zusätzlich zur Miete, die für eine 4½-Zimmer-Wohnung mit Nebenkosten knapp 1900 Franken beträgt.

«Widersprüchliche» Subvention

Katharina Gander vom Mieterverband Winterthur sieht in diesen Darlehen «eine grosse Hürde». Menschen, die wirklich auf subventionierte Wohnungen angewiesen seien, würden von solchen Geldbeträgen abgeschreckt. Für Gander ist «die Grösse des Darlehens ein Widerspruch zum günstigen Wohnraum, wie wir ihn gerne hätten». Sie

fordert von der Gesewo deshalb eine Lösung, damit subventionsbedürftige Mieter nicht so viel zahlen müssen.

Auch die Gesewo hat bemerkt, dass die Darlehen für eine Wohnung in der Siedlung happy sind. Erlassen könne man das Pflichtdarlehen jedoch nicht, sagt der Geschäftsleiter und grüne Kantonsrat Martin Geilinger. «Als junge Genossenschaft sind wir auf Eigenmittel und deshalb auf Pflichtdarlehen angewiesen.» Die Mitglieder wollen nun Unterstützung anbieten und haben beschlossen, einen Fonds zu gründen. Laut Geilinger ist dieser für alle offen. «Wer sich für eine Wohnung interessiert, aber zu wenig Geld hat, kann sich um Unterstützung bewerben.» Geilinger macht zudem darauf aufmerksam,

dass man das Geld für das Darlehen von der Pensionskasse nehmen könne.

Die grosse Konkurrentin, die Genossenschaft GWG, rät aber davon ab: «Die Mieter sollen ihre Pensionskasse nicht plündern müssen, um bei uns einzuziehen», sagt Geschäftsleiter Matthias Grimm. Auch für ihn ist es «widerrücklich, Wohnungen zu subventionieren, die ein so grosses Darlehen benötigen». Trotzdem hält es weder er noch Gander für einen politischen Fehler, dass die Stadt «Giesserei»-Wohnungen subventioniert. «Es macht dennoch Sinn», sagt Grimm. Schliesslich halte sich die Gesewo bei der Vergabe der Wohnungen an die kantonalen Richtlinien. Und deshalb würden am Schluss weniger Bemittelte begünstigt.



Die Siedlung «Giesserei» der Genossenschaft Gesewo in Neuhegi ist 2013 bezugsbereit. Die meisten Wohnungen sind reserviert. Unter den freien befinden sich viele, die von der Stadt subventioniert werden. Bild: Heinz Diener

DER STADTVERBESSERER

MICHAEL GRAF

Piazza Grande statt Busgewusel

So schön war es am Bahnhofplatz «noch nie», schwärmt ein Bekannter. Der Stadtverbesserer blickt auf die Baugrube und reibt sich erstaunt die Augen. «Ist doch wahr», fährt der andere fort: «Die neuen Haltestellen funktionieren tadellos und man wird beim Überqueren des Platzes nicht mehr von Bussen herumgescheucht. Die sollen den Platz, wenn sie mit Bauen fertig sind, doch bitte schön gleich frei lassen.»

Manchmal merkt man erst, wenn Dinge weg sind, dass man eigentlich auch ganz gut ohne sie leben kann. Diese Erfahrung machen nicht nur geschasste Fussballtraine und Scheidungsopfer, sie gilt auch im Städtebau. Graben und Neumarkt waren einst Parkplätze. Vermissen Sie sie? Eben.



Den Trend zur Edelbrache hat das Stadtzürcher Stimmvolk letzten Sonntag an der Urne bestätigt. 17 Millionen Franken war ihnen der neue Sechseläutenplatz wert. Im Bündnerland gibts bestimmt noch Quarzit genug für einen weiteren Nobelboden. Und wenn in der Stadt, die sich kein neues Schwimmbad leisten kann, das Geld für solchen Luxus fehlt, tuft auch Kies vom Seemer Buck. Hauptsache, es wird diesmal kein chinesischer

Granit verbaut.

Eine Piazza Grande an bester Lager wäre nicht nur ein Gewinn für die Altstadtbummler, sondern auch für die Gastronomie, Kultur und das fahrende Gewerbe. Einen Weihnachtsmarkt am Hauptbahnhof hat auch Zürich. Doch vom Zug direkt ins Zirkuszelt, das ginge nur hier.

Zum Albanifest 2013 ist der ganze Platz wieder nutzbar», hatte Baustadträtin Pedergnana beim Risottoessen versprochen. Hoffen wir, dass sie auf ungeahnte Weise recht behält – ohne die störenden Fahrleitungen könnte man auf die Piazza nämlich sogar das Riesenrad stellen.

stadtverbesserer@landbote.ch

Ein Tag der Weichenstellungen

Energiewende, Vergrösserung des Polizeikorps und Bau des Glasfaser-Netzes: Der Stadtrat bringt am 25. November gleich drei wichtige Abstimmungen vors Volk.

Ob in Winterthur ein nahezu flächendeckendes Glasfaser-Netz gebaut wird, ob bis 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft angepeilt wird und wie viele Polizisten in der Stadt für Sicherheit sorgen, über all das entscheiden die Stimmberichtigten noch in diesem Jahr. Der Stadtrat hat für die drei Vorlagen den Abstimmungs-termin vom 25. November festgesetzt. Bei den beiden letztgenannten handelt es sich um Initiativen, je eine von links und von rechts, die mitsamt einem Gegenvorschlag vors Volk kommen.

Parteipolitik als Pokerspiel

Am meisten dürfte der Ausbau der Polizei zu reden geben, ein Thema, welches das Parlament seit Jahren wälzt und das immer wieder für böses Blut im Parteiengefüge sorgte. Die SVP verlangt mit ihrer Initiative eine Aufstockung der Polizei bis 2016 um 24 Stellen. Diese Zahl hat SVP-Präsident Daniel Oswald für verbindlich erklärt, um gegenüber dem zweideutigen Initiativtext Klarheit zu schaffen. Der stadträtliche Gegenvorschlag beläuft sich auf 14 Stellen im selben Zeitraum und ent-

spricht weitgehend dem, was der Stadtrat ohnehin als Stellenwachstum bei der Polizei vorgesehen hatte, macht dieses aber verbindlich. Eine noch nicht ganz ausgeräumte Verwirrung betrifft die Korpsgrösse, von der sich der Ausbau ableitet. Nach Darstellung des bisherigen Polizeivorsteher Michael Künzle (CVP) geht die SVP von einem geringeren Personalbestand aus als die Stadt. Vergleiche man nur die Zielwerte, betrage der Unterschied lediglich 5 Stellen. Die SVP wollte von diesen Zahlenspielen bisher nichts wissen. Man darf hoffen, dass der Abstimmungskampf in diesem Punkt eine Bereinigung und nicht noch mehr Konfusion bringt.

Die zweite Initiative kommt aus der Küche der Grünen und hat die Energiewende zum Ziel. Sie fordert, bis 2050 den Energieverbrauch pro Kopf von heute 5000 auf 2000 Watt sowie den CO₂-Ausstoss von heute 6 auf 1 Tonne zu senken und dieses Ziel in der Gemeindeordnung festzuschreiben. Der Gegenvorschlag setzt einen Wert von 2 Tonnen Kohlendioxid fest. Ausserdem soll das Energieziel nicht in der Gemeindeordnung festgeschrieben, sondern als behörderverbindlicher Grundzusatzbeschluss gefasst werden.

War zunächst davon die Rede, dass die Grünen ihre Initiative zurückziehen würden, wählten sie schliesslich doch den Weg vors Volk. Begründung: Die

Energiewende müsse breit abgestützt werden. Dieses Ziel ist den Grünen auch das Risiko wert, dass das Volk zweimal Nein sagen könnte – ein Szenario, das angesichts der breiten Unterstützung des Gegenvorschlags indes sehr unwahrscheinlich ist. Denselben Poker wagt die SVP mit der Polizeiinitiative. Beiden Parteien dürfte es dabei auch darum gehen, die für sie traditionell wichtigen Themen Sicherheit (SVP) und Ökologie (Grüne) auf lokaler politischer Ebene sichtbar zu setzen.

Anschluss an die Datenautobahn

In der dritten Vorlage geht es um einen Kredit über 67 Millionen Franken zum Bau eines Glasfaser-Netzes. Bis 2017 sollen über 90 Prozent der Haushalte mit den schnellen Datenleitungen erschlossen werden, wobei die Swisscom 60 Prozent der Gesamtkosten von weit über 100 Millionen übernimmt. Das Modell teilt Winterthur mit vielen Schweizer Städten. Vergangenen Sonntag segnete Zürich einen entsprechenden Kredit über 400 Millionen ab. Die Stadt erwirbt sich mit ihrer Beteiligung das Recht, zwei von vier in jedes Haus führenden Glasfasern an Drittanbieter zu vermieten. Sunrise hat bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet. Im Parlament war der Kredit umstritten, vereinzelt wurde aber auf die finanziellen Risiken aufmerksam gemacht. (mcl)